

BAUBESCHREIBUNG

1. ALLGEMEINE BESCHREIBUNG DER LEISTUNG

1.1 Auszuführende Leistung

K 8208, Oberschmeien-Unterschmeien

Die ausgeschriebene Leistung umfasst die Erneuerung der Asphaltdeckschicht, sowie die punktuelle Erneuerung der Asphalttragschicht auf der K 8208 zwischen Oberschmeien und Unterschmeien.

Unter Vorbehalt werden im BA II (OD Oberschmeien) im Auftrag der BLS 3 Querungen erstellt.

Die Positionen hierfür sind nicht im LV vorhanden.

Eine Beauftragung erfolgt gegebenenfalls während der Baumaßnahme.

Beauftragung, Umfang der Arbeiten, Preisverhandlung, Bauüberwachung, Abrechnung, usw. erfolgt direkt und ausschließlich durch die BLS.

Die Maßnahme ist in zwei Bauabschnitte unterteilt (siehe Pkt. 2.), die direkt aufeinanderfolgend auszuführen sind. Der BA II kann erst begonnen werden, wenn BA I komplett fertiggestellt ist.

Die Bauzeit -in den Sommerferien- ist aufgrund des Schulbusverkehrs zwingend einzuhalten.

Die Arbeiten werden jeweils unter Vollsperrung ausgeführt (siehe Pkt. 2.11).

Kostenträger: Landratsamt Sigmaringen

Voruntersuchung:

Auf diesem Sanierungsabschnitt wurden Bohrkerne entnommen.

Die vorhandenen Asphaltschichten sind vermutlich nicht PAK-belastet.

Der Boden / Oberboden / Bankett wurde nicht auf Schadstoffbelastung untersucht.

Die Belagserneuerung wird wie folgt ausgeführt:

Fahrbahn:

Vor Beginn der Fräsarbeiten sind die Fahrbahnränder freizulegen (Material seitlich lagern).

Die vorhandene Asphaltdeckschicht (einschließlich OBN) wird im Sanierungsabschnitt flächig mit einer Stärke von ca. 4 cm gefräst.

Die vorhandene Asphalttragschicht wird punktuell in einer Stärke von ca. 10 cm gefräst.

Anschließend wird eine neue Asphalttragschicht (AC 32 T S) in einer Stärke von 10 cm eingebaut; darauf eine neue Asphaltdeckschicht (AC 11 D S) in einer Stärke von 4 cm.

Die vorhandenen Fahrbahnhöhen und Querneigungen werden in einzelnen Teilbereichen nach Angabe des AG nach Möglichkeit verbessert, ansonsten unverändert wiederhergestellt. Der Einbau der neuen Asphaltschichten muß zur Verbesserung der Ebenheit mit einem Fertiger mit Nivellierautomatik und Big-Multiplex-Ski erfolgen.

Zufahrten:

Die Zufahrten werden, in der Regel, parallel zur Fahrbahn in einer Breite von ca. 1,0 m saniert. Hier wird nur eine neue Asphaltdeckschicht mit ca. 4 cm aufgebracht (siehe Pos.: „Zufahrten“)

Bankett:

K 8208, Oberschmeien-Unterschmeien FDE 2026

Nach Einbau aller Asphaltsschichten ist das Bankett mit dem ausgeschriebenen Material und dem vorhandenen, seitlich gelagerten Material, profilgerecht einzuebnen und zu verdichten.

Gewährleistung

In der ZTV-Asphalt ist diese Kombination nicht explizit festgelegt.

Deswegen gilt: Die Verjährungsfrist in der Erneuerung von Asphaltsschichten beträgt **3 Jahre** bei 2-schichtigem Aufbau aus Asphalt**trags**schicht und Asphalt**decks**schicht mit mind. 8,5 cm für beide Schichten.

1.2 Ausgeführte Vorarbeiten:

Hinweis: [In Unterschmeien werden voraussichtlich im Frühjahr 2026
-durch die Stadt Sigmaringen- die Bushaltestellen umgebaut.
(Station: ca. 2,600-2,700)]

1.3 Ausgeführte Leistungen

Die Leitpfosten werden zu Beginn der Maßnahme, im gesamten Baufeld, durch die SM Sigmaringen abgebaut, instandgesetzt bzw. ausgetauscht. Nach Banketteinbau durch den AN wird die SM Sigmaringen die Leitpfosten neu setzen.

1.4 Gleichzeitig laufende Bauarbeiten

Gleichzeitig laufende Arbeiten verschiedener Unternehmen.

- Fahrbahnmarkierungsarbeiten: Nach Herstellung der Deckschicht ist die Fahrbahnmarkierung durch den AN, innerhalb der Vollsperrung, zu veranlassen.
- Wartungs- und Unterhaltungsarbeiten durch die Straßenmeisterei.

Auskünfte über vorhandene Ver- und Entsorgungsleitungen sind bei den jeweiligen Leitungsträgern vor Beginn der Arbeiten einzuholen, insbesondere in Hinblick auf die Verlegung der Rasengittersteine.

Sollten Arbeiten an erdverlegten Leitungen erforderlich werden, bleibt es dem Leitungsträger überlassen, die Arbeiten durch den Auftragnehmer „Straßenbau“ oder einen anderen Unternehmer ausführen zu lassen.

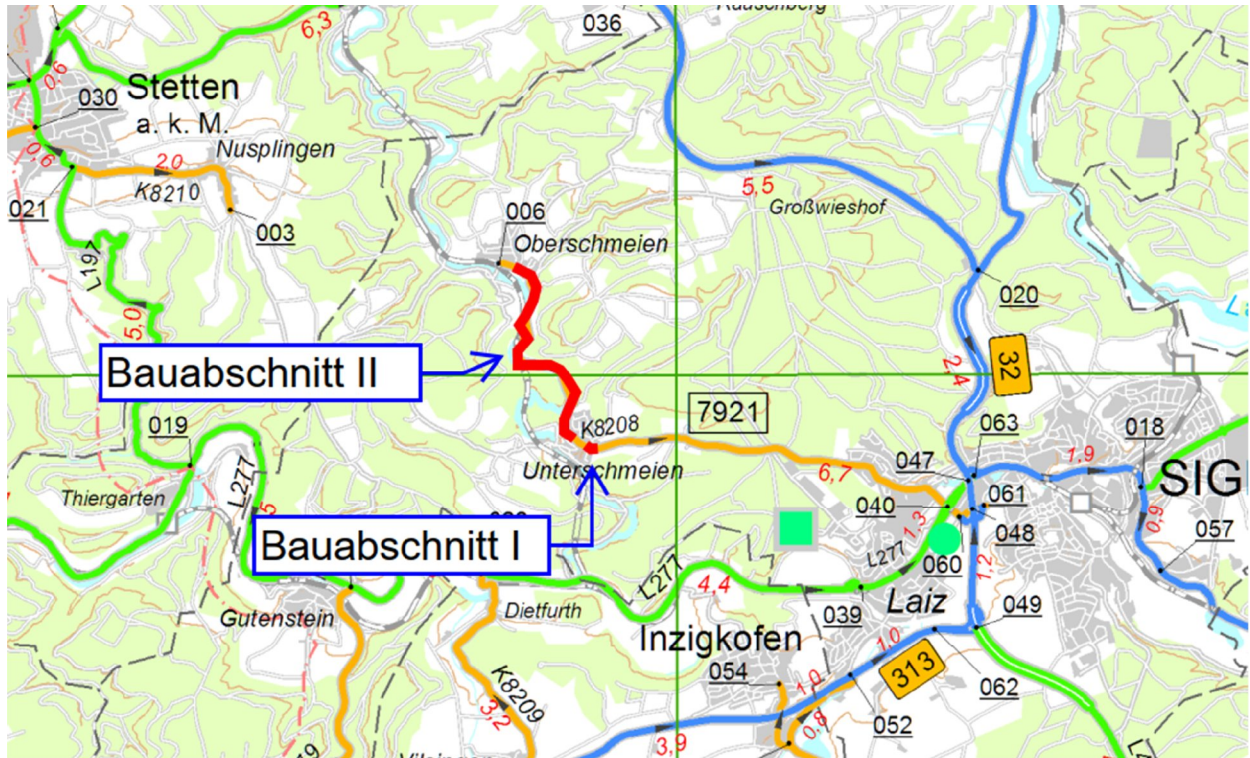
Um einen reibungslosen Bauablauf zu gewährleisten und gegenseitige Behinderungen zu vermeiden, sind Terminabsprachen und Koordinierungen mit den an der Baumaßnahme beteiligten Firmen durch den AN in Abstimmung mit den AG zwingend durchzuführen.

Der dadurch erforderliche Mehraufwand wird nicht gesondert vergütet.

K 8208, Oberschmeien-Unterschmeien FDE 2026

2. BESCHREIBUNG DER ÖRTLICHEN VERHÄLTNISSE

2.1 Lage der Baustelle:



K8208, Oberschmeien-Unterschmeien vNK 7820 006 nNK 7921 040

Bauabschnitt I Station 2,700 - 2,900
 Länge: ca. 200 m
 Breite: ca. 6,50 m bis ca. 10,50 m
 Fläche: ca. 1.600 m²

Bauabschnitt II Station 0,370 – 2,600
 Länge: ca. 2.230 m
 Breite: ca. 6,00 m bis ca. 8,50 m
 Fläche: ca. 13.600 m²

Der Sanierungsbereich liegt in der Frosteinwirkungszone II.

K 8208, Oberschmeien-Unterschmeien FDE 2026

2.2 Vorhandene öffentliche Verkehrswege

Der Sanierungsbereich ist über das klassifizierte Straßennetz erreichbar.

Grundsätzlich dürfen vorhandene Gemeindeverbindungswege und Wirtschaftswege wegen der Gefahr der Beschädigung durch Schwerverkehr nicht benutzt werden.

2.3 Zugänge, Zufahrten

Die Baustelle ist über das unter Ziffer 2.2 beschriebene Straßennetz erreichbar.

Die Zufahrtswege führen z. T. durch bereits bebautes Gebiet. Es ist daher erhöhte Vorsicht gegenüber den Anwohnern und deren Eigentum gefordert.

Die Bei- und Abfuhr der Materialien muss im Trassenbereich (Straßen) unter Beachtung der ZTV E-StB erfolgen. Zusätzliche Baustraßen, Ausweichbuchten usw. sowie deren Beseitigung werden nicht separat vergütet. Sämtliche Erschwernisse und Mehraufwendungen aus den zuvor genannten Gründen sind in die entsprechenden Einheitspreise einzurechnen.

Über weitere Straßenbaumaßnahmen und deren Umleitungsstrecken hat sich der AN beim Auftraggeber/Untere Verkehrsbehörde zu erkundigen. Mehrkosten für längere Fahrstrecken auf Grund von Umleitungen sind einzukalkulieren und werden nicht vergütet.

Für gefahrlose Verkehrsbewegungen, Reinigung der Straßen, Verkehrssicherung usw. hat der Auftragnehmer im Einvernehmen mit dem Auftraggeber/Verkehrsbehörde zu sorgen. Maßnahmen zur Verhinderung von Staubentwicklungen zum Schutz der Anwohner bei Trockenheit sind Sache des AN. Die Kosten hierfür sind in die Einheitspreise einzukalkulieren.

Alle beanspruchten Flächen sind wieder in ihren ursprünglichen Zustand herzurichten. Dies gilt auch für sämtliche beschädigten Wege außerhalb des Trassen- und Baubereiches. Die Kosten sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Von den jeweiligen Grundstückseigentümern hat sich der AN die ordnungsgemäße Wiederherstellung schriftlich bestätigen zu lassen. Die Baustelle ist jeden Abend "aufzuräumen", abzusichern und in einem ordnungsgemäßen Zustand zu verlassen.

2.4 Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

Anschlussmöglichkeiten an das Abwassernetz sowie Wasser- und Stromanschlüsse müssen bei den örtlichen Versorgungsträgern erfragt werden.

Die Kosten für die Herstellung der Anschlüsse sowie für den Verbrauch trägt der AN. Die Leistungen sind in die jeweiligen Einheitspreise der Teilleistungen (Baustelleneinrichtung) einzurechnen und werden dort vergütet.

2.5 Lager- und Arbeitsplätze

Platz für die Baustelleneinrichtung und Baustofflagerung ist nur innerhalb der Baustelle (öffentliche Flächen) vorhanden. Weitere Lager- und Arbeitsplätze einschl. Zwischenlagerplätze sind auf Kosten des AN eigenverantwortlich zu beschaffen.

2.6 Gewässer

Es sind die Anforderungen an den Umwelt- und Gewässerschutz zu beachten. Vor allem sind sämtliche anfallenden Stoffe fachgerecht zu beseitigen und das in Anspruch genommenes Gelände wieder in seinem ursprünglichen Zustand herzustellen. Der vorhandene Bewuchs ist zu schützen.

Sämtliche Einleitungen von anfallenden Stoffen im Zuge der auszuführenden Arbeiten sind verboten.

Entsprechende Schutz- und Auffangmaßnahmen sind in die entsprechenden Positionen einzurechnen.

Die vorhandenen Böschungsbefestigungen dürfen nicht beschädigt werden.

K 8208, Oberschmeien-Unterschmeien FDE 2026

2.7 Baugrundverhältnisse

Im Vorfeld der Instandsetzungsmaßnahme wurden keine Baugrunderkundungen durchgeführt. Es sind die Standardhomogenbereiche maßgebend.

Standard-Homogenbereiche GK 1

Auffüllung „A“

Homogenbereich	A1	A2	
Bodenklasse DIN 18 300 (2012)	3-4 (7) ¹	5-6 (7) ¹	
Umweltrelevante Inhaltsstoffe	-	-	
Bodengruppen DIN 18196	A(TM,TL,UM,UL; ST*,SU*,GT*,GU*; ST,SU,GT,GU; GW,GI,GE,SW,SE,SI X,Y ¹)	A(TA,TM,TL,UA,UM,UL; ST*,SU*,GT*,GU*; ST,SU,GT,GU; X,Y ¹)	X ≙ Steine Y ≙ Blöcke
Massenanteil Steine DIN EN ISO 14688-1	< 30%	>30%	
Massenanteil Blöcke DIN EN ISO 14688-1	-	>30%	
Massenanteil große Blöcke DIN EN ISO 14688-1	-	-	
Konsistenz DIN EN ISO 14688-1	weich bis halbfest	weich bis fest	
Plastizität DIN EN ISO 14688-1	leicht bis mittel	leicht bis ausgeprägt	
Lagerungsdichte DIN EN ISO 14688-2	sehr locker bis sehr dicht	sehr locker bis sehr dicht	

¹ Bauwerksreste und Fremdbestandteile sind nicht auszuschließen

Boden „B“

Homogenbereich	B1	B2	B3	B4	B5
Bodenklasse DIN 18 300 (2012)	2	3	4	5	6
Umweltrelevante Inhaltsstoffe	-	-	-	-	-
Bodengruppen DIN 18196	OH,OT,OU;HN,HZ; TA,TM,TL,UA,UM,UL; ST*,SU*,GT*,GU*	OH,OT,OU;HN,HZ; ST,SU,GT,GU; GW,GI,GE,SW,SE,SI	TM,TL, UM,UL; ST*,SU*,GT*,GU*	TA,TM,TL,UA,UM,UL; ST*,SU*,GT*,GU*; ST,SU,GT,GU; GW,GI,GE,SW,SE,SI	TA,TM,TL,UA,UM,UL; ST*,SU*,GT*,GU*; ST,SU,GT,GU
Massenanteil Steine DIN EN ISO 14688-1	-	< 30%	< 30%	>30%	-
Massenanteil Blöcke DIN EN ISO 14688-1	-	-	-	< 30%	>30%
Massenanteil große Blöcke DIN EN ISO 14688-1	-	-	-	-	-
Konsistenz DIN EN ISO 14688-1	flüssig bis breiig	OH,OT,OU; weich und besser	weich bis halbfest	weich bis halbfest	fest, verfestigt
Plastizität DIN EN ISO 14688-1	leicht bis ausgeprägt	-	leicht bis mittel	leicht bis ausgeprägt	leicht bis ausgeprägt
Lagerungsdichte DIN EN ISO 14688-2	-	sehr locker bis sehr dicht	-	sehr locker bis sehr dicht	sehr locker bis sehr dicht

K 8208, Oberschmeien-Unterschmeien FDE 2026

Bodengruppen

Kurzzeichen (DIN 18196)	1. Buchst.	2. Buchst.	Zusatz
G Kies	Hauptbestandteil	Nebenanteil	* hoher Anteil der Nebenteile
S Sand			
U Schluff			
T Ton			
O Organisch			
H Humus			
N nicht ersetzt			
Z zersetzt			
* hoher Anteil = 15-40 %			

Fels „X“

Homogenbereich	X1	X2	X3
Bodenklasse DIN 18 300 (2012)	6	6	7
Umweltrelevante Inhaltsstoffe	-	-	-
Benennung DIN EN ISO 14689-1	Kst, Sst, Konglomerat, Breccie, Granit, Gneis, Basalt	Tst, Mst, TMst, Ust	Kst, Sst, Konglomerat, Breccie, Granit, Gneis, Basalt
Verwitterung DIN EN ISO 14689-1	zersetzt bis stark verwittert	zersetzt bis frisch	mäßig verwittert bis frisch
Veränderung DIN EN ISO 14689-1	zersetzt bis verfallen	zersetzt bis frisch	verfärbt bis frisch
Veränderlichkeit DIN EN ISO 14689-1	nicht veränderlich bis veränderlich	veränderlich bis stark veränderlich	nicht veränderlich
Trennflächenrichtung DIN EN ISO 14689-1	alle Richtungen	alle Richtungen	alle Richtungen
Trennflächenabstand DIN EN ISO 14688-1	außerordentlich engständig bis mittelständig	außerordentlich engständig bis mittelständig	mittelständig bis sehr weitständig
Gesteinskörperform DIN EN ISO 14689-1	alle Formen	alle Formen	alle Formen

Felsbenennung

Kurzzeichen DIN EN ISO 14689-1

Kst	Kalksandstein
Dst	Dolomitstein
Sst	Stubensandstein
Tst	Tonstein
Mst	Mergelstein
TMst	Ton-Mergel-Stein
Ust	Schluffstein

2.8 Seitenentnahme und Ablagerungsstellen

Die fachgerechte Beseitigung von überschüssigem bzw. unbrauchbarem oder belastetem Material ist Sache des AN. Die Ablagerung darf jedoch nur auf zugelassenen Deponien erfolgen. Ein entsprechender Entsorgungsnachweis ist zu erbringen.

Aufschüttungen und Abgrabungen außerhalb des Baubereiches bedürfen grundsätzlich einer vorherigen Genehmigung durch die untere Naturschutzbehörde (§ 13 Abs. 1 NatSchG) es sei denn, es handelt sich um ein genehmigungsfreies Vorhaben i.S.d. § 13 Abs. 1 i.V.m. § 52 Nr. 17 LBO. Eine Genehmigungspflicht aus anderen Bestimmungen (z.B. §§ 16, 21, 22 und 23 NatSchG oder § 19 WHG) kann, unabhängig davon, gegeben sein. Der

K 8208, Oberschmeien-Unterschmeien FDE 2026

Auftragnehmer ist gehalten, die gesetzlichen, insbesondere die naturschutzrechtlichen und baurechtlichen Bestimmungen und sonstige behördlichen Auflagen einzuhalten sowie in jedem Fall das Benehmen mit der unteren Naturschutzbehörde über Art, Umfang und Ausführung entsprechender Maßnahmen herzustellen. Der Auftraggeber ist entsprechend zu unterrichten. Entsprechende Genehmigungsunterlagen sind vor der Ausführung der Arbeiten vorzulegen.

2.9 Zu schützende Bereiche und Objekte

Allgemeines

Während der gesamten Bauzeit sind die vorhandenen Bauwerke, Gebäude und sonstigen Anlagen vor Beschädigung zu schützen. Der Auftragnehmer hat alle von ihm verursachten Schäden zu tragen. Emissionen aller Art sind mit Rücksicht auf die Bewohner auf ein zumutbares Maß zu beschränken. Auf die Einhaltung der Baulärmvorschriften wird hingewiesen. Auf die Erhaltung von vermessungsamtlichen Grenzzeichen (Grenzsteine) ist streng zu achten. Eine evtl. erforderliche Wiederherstellung von nicht zwangsläufig verloren gegangenen Grenzsteinen geht auf Kosten des AN.

Des Weiteren ist strengstens darauf zu achten, dass keinerlei Erdaushub, Geröll, Mutterboden, Bohrkerne, Treibstoffe, Schmierstoffe, Betonschlämme oder dergleichen in den Vorfluter bzw. Kanal gelangen. Eine evtl. Verunreinigung des Bodens durch den AN und die dadurch entstehenden Kosten werden in voller Höhe der bauausführenden Firma angerechnet. Vorhandene Ver- und Entsorgungsleitungen dürfen nicht beschädigt werden. Über deren Vorhandensein hat der AN selbständig Erkundigungen einzuholen. Falls vor- oder frühgeschichtliche Funde eintreten, ist die Bauleitung und der Bauherr zu benachrichtigen.

Die bauausführende Firma erkennt die obigen Ausführungen ausdrücklich durch die rechtsverbindliche Unterschrift des Leistungsverzeichnisses an.

2.10 Anlagen im Baubereich

Auf vorhandene Ver- und Entsorgungsleitungen ist bei den Bauarbeiten besonders zu achten.

Auskünfte über vorhandenen Ver- und Entsorgungsleitungen sind bei den jeweiligen Leitungsträgern vor Beginn der Bauarbeiten einzuholen.

Sollten Arbeiten an erdverlegten Leitungen erforderlich werden, bleibt es dem Leitungsträger überlassen, diese Arbeiten durch den Auftragnehmer „Straßenbau“ oder einen anderen Unternehmer ausführen zu lassen.

Auf vorhandene Leitungen wie Fernmeldekabel, Stromkabel, Hochspannungs-, Wasserversorgungs- und Entwässerungsleitungen und dgl. ist bei den Bauarbeiten besonders zu achten.

Die genaue Lage aller Leitungen ist vom AN im Grund- und Aufriss festzustellen. Für Schäden an Leitungen und Kabeln ist der AN haftbar, sofern diese durch ihn verschuldet werden.

Grundsätzlich ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Durchführung seiner Arbeiten mit denen anderer Auftragnehmer oder Leitungsträger zu koordinieren.

Sofern Leitungen umgelegt oder gesichert werden müssen, sind die Vorschriften des jeweiligen Leitungsträgers zu beachten, sowie dessen Anweisungen zu befolgen.

Die Leitungsträger sind beim ersten Antreffen einer Leitung umgehend zu informieren und mit diesen die weitere Vorgehensweise abzustimmen. Der Leitungsträger weist an, was mit seiner Leitung geschieht.

Die Leitungsträger sind Kostenträger für die von Ihnen angewiesenen Arbeiten und somit auch Rechnungsadressat.

Der Bauzeitenplan ist mit den Auftragnehmern der Leitungsträger verbindlich abzustimmen. Ein Auftragnehmer oder Leitungsträger, der seiner Verpflichtung zur Koordinierung nicht nachkommt, stellt den Auftraggeber von Haftungsansprüchen frei, die andere Auftragnehmer sowie Leitungsträger und deren Beauftragte aus vermeidbaren Behinderungen oder aus der Nichteinhaltung des Bauzeitenplans stellen.

Sämtliche Schäden und deren Folgekosten gehen zu Lasten des AN, sofern diese durch ihn verursacht werden.

Das Arbeiten in kurzen Abschnitten und mit Kleingeräten im Leitungsbereich, sowie sämtliche dadurch entstehende Behinderungen des Bauablaufs sind bei der Kalkulation zu berücksichtigen.

K 8208, Oberschmeien-Unterschmeien FDE 2026

2.11 Öffentlicher Verkehr im Bereich der Baustelle

Die Bauarbeiten werden unter Vollsperrung ausgeführt, jedoch ist der Anliegerverkehr am Ortseingang Oberschmeien, sowie „Im Äckerle“ Unterschmeien zu gewährleisten!
(siehe hierzu Pos.: „Anliegerbenachrichtigung“, „Zufahrten ankeilen“, usw.)

An den Baustellenbereich angrenzend findet öffentlicher Verkehr statt. Die Bauarbeiten sind unter Aufrechterhaltung des angrenzenden öffentlichen Verkehrs durchzuführen, Beeinträchtigungen sind auf ein Minimum zu reduzieren.

2.12 Erkundigungspflicht

Der Auftragnehmer hat die Pflicht, sich vor Angebotsabgabe die für eine einwandfreie Bearbeitung seines Angebotes erforderlichen Kenntnisse und Unterlagen zu verschaffen. Der Auftragnehmer erklärt durch die Abgabe des Angebotes, dass ihm die Verhältnisse durch Inaugenscheinnahme und eigene örtliche Erhebungen bekannt sind, so dass ihm aufgrund seiner Erfahrungen eine einwandfreie Preisberechnung möglich war.

3. AUSFÜHRUNG DER BAULEISTUNG

Dem Auftragnehmer obliegt ohne besondere Vergütung die vertragliche Verpflichtung vom Baubeginn an bis zur förmlichen Abnahme bzw. bis zur Beendigung aller Bauarbeiten für

- die Absicherung und Sauberkeit
- die Verkehrssicherung und Verkehrsregelung.
- den Schutz der ausgeführten Leistungen vor Beschädigung und Diebstahl.
- den Schutz der für die Ausführung übergebenen Gegenstände vor Beschädigung und Diebstahl.
- die erforderliche Nachbehandlung, Instandsetzung und Unterhaltung aller Bauten und Bauteile.

3.1 Verkehrsführung, Verkehrssicherung

Die Arbeiten werden unter Vollsperrung ausgeführt. Der Anliegerverkehr innerhalb des Baufeldes ist zu gewährleisten. Der AN hat das Baufeld am Bauanfang und Bauende vorschriftsmäßig abzusichern. Eine notwendige Absicherung innerhalb des Sanierungsbereiches (z.B. Zufahrten / Aufgrabungen) ist Sache des AN und in die Pos. „Verkehrssicherung“ mit einzurechnen. Die überörtliche Umleitung wird durch die zuständige Straßenmeisterei aufgestellt, unterhalten und wieder abgebaut.

Unverzüglich nach Zuschlagserteilung sind sämtliche Eingriffe in den öffentlichen Verkehr mit der örtlichen Bauleitung - und falls notwendig - mit dem zuständigen Straßenmeister, der Straßenverkehrsbehörde und der Polizei, ggf. im Rahmen eines Ortstermins, abzustimmen.

Unabhängig von der Abstimmung mit der Verkehrsbehörde und der Polizei ist - rechtzeitig vor Baubeginn - vom Auftragnehmer die straßenverkehrsrechtliche Anordnung nach § 45 StVO einzuholen.

Es wird darauf hingewiesen, dass ohne gültige verkehrsrechtliche Anordnung keine Bauarbeiten ausgeführt werden dürfen.

Eine besondere Vergütung für die Fertigung der Unterlagen für die verkehrsrechtliche Anordnung und für deren Ausstellung (Gebühren) erfolgt nicht. Das Gebührenverzeichnis für die Ausstellung der VA kann bei der ausschreibenden Stelle eingesehen werden.

Die Beschilderungsarbeiten dürfen nur durch geschultes Personal nach Vorgabe der ZTV-SA Ausgabe 1997 durchgeführt werden. Die Qualifikation nach MVA 99 des zu benennenden Verantwortlichen für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen ist nachzuweisen.

Wartung und Kontrolle

Die durch den AN durchzuführende Kontrolle und Wartung ergibt sich aus der ZTV-SA 97. Hierbei sind die Anlagen auch auf ihre Zweckmäßigkeit zu überprüfen. Nach Unwettern und/oder Stürmen ist unverzüglich eine

K 8208, Oberschmeien-Unterschmeien FDE 2026

Kontrollsonderfahrt durchzuführen.

Die Zeiten der Kontrolle sind in einer Übersichtsliste zu dokumentieren und dem AG ohne Aufforderung vorzulegen. Eine besondere Vergütung erfolgt nicht.

Straßen und Wege, die aufgrund des Baubetriebes verschmutzt werden, sind vom AN umgehend zu reinigen.

Eine Vergütung hierfür erfolgt nicht.

Kommt der AN seiner Pflicht nicht nach, so kann der AG auf Kosten des AN die Verunreinigung beseitigen bzw. beseitigen lassen.

3.2 Bauablauf

Die Bauzeit ist aufgrund weiterer Maßnahmen, die vorher oder anschließend laufen (Umleitungsstrecke) zwingend einzuhalten!

Der gesamte Bauablauf ist mit dem AG abzustimmen.

Ein Bauzeitenplan ist spätestens 14 Tage vor Bauanfang vorzulegen.

Unterbrechungen der Bauarbeiten auf Veranlassung des AN sind nicht zulässig.

Der Auftragnehmer hat die Verpflichtung den Bauablauf so zu organisieren, dass die Verkehrsbeschränkungen auf den Straßen auf ein Mindestmaß begrenzt werden können.

Für den Einbau der neuen Asphalttschichten ist es notwendig (vor dem Fräsen der Asphalttschichten) einen Streifen des Bankettes von Oberboden freizulegen. Nach Einbau der Asphalttschicht ist das Bankett wieder einzuebnen. Das notwendige Auffüllen des Bankettstreifens zwischen neuer Fahrbahndecke und bestehendem Bankett sowie das Anfüllen der restlichen Bankette nach dem Einbau der neuen Asphalttschichten wird nach der Position „Schotterrasen herstellen“ vergütet.

3.3 Wasserhaltung

Während der gesamten Bauzeit ist der Auftragnehmer für die schadlose Ableitung des Oberflächen- und Sickerwassers auf der Baustelle und ihrem Einflussgebiet allein verantwortlich.

Das anfallende Oberflächen- und Sickerwasser von Baustelleneinrichtungen, Baustraßen u. ä. ist geordnet zu sammeln und zur Vorflut abzuführen.

3.4 Baubehelfe

Es sind die Unfallverhütungsvorschriften einzuhalten.

3.5 Stoffe, Bauteile

Die geforderten Stoffeigenschaften sind in den, in den besonderen Vertragsbedingungen vereinbarten zusätzlichen technischen Vertragsbedingungen (ZTV'en), sowie in den entsprechenden technischen Lieferbedingungen (TL) definiert.

Verschiedene Stoffe, die für die Baumaßnahme benötigt werden, sind bei Bedarf im Bieterangabenverzeichnis und im Baustoffverzeichnis festgelegt. Zu allen übrigen Stoffen hat der Auftragnehmer auf Verlangen Angaben über Herkunft, Güte, Liefermöglichkeiten usw. zu machen.

Alle beschriebenen Leistungen beinhalten – wenn nicht ausdrücklich anders beschrieben – stets die Lieferung der Materialien.

Der Asphalteinbau hat entweder „heiß an heiß“ oder nur mit 1 Fertiger über die volle Breite zu erfolgen, so dass keine Mittelnahrt ausgebildet wird.

K 8208, Oberschmeien-Unterschmeien FDE 2026

Vom AN sind rechtzeitig vor Bauausführung die Eignungsnachweise, bestehend aus der Erstprüfung nach TL-Asphalt-StB 07/13, sowie der Eignungserklärung des AN für den ausgeschriebenen Verwendungszweck, zur Prüfung vorzulegen.

3.6. Abfälle

Gemäß dem Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz) sind grundsätzlich alle auf der Baustelle anfallenden Abfallstoffe (Ausbaumaterialien, Bauschutt, Verpackungsmaterial etc.), welche Eigentum des AN sind bzw. werden oder gemäß Leistungsbeschreibung „in Eigentum des AN übergehen und von der Baustelle zu entfernen sind“, einer Wiederverwendung oder Verwertung zuzuführen bzw. bei Nichtwiederverwertbarkeit ordnungsgemäß zu entsorgen.

Anfallende Abfälle, wie z. B. Verpackungen oder Betonreste oder Fräsfeinanteile sind durch den Auftragnehmer zu entsorgen. Dies wird nicht gesondert vergütet, die entsprechenden Kosten sind in die Positionen einzurechnen.

Im Rahmen der Baumaßnahme nicht verwertbarer Bodenaushub ist anderweitig einer stofflichen Verwertung zuzuführen, soweit er nach § 5 Abs. 4 und 5 KrW-/AbfG zu verwerten ist. Eine Ablagerung auf Deponien zum Zwecke der Beseitigung ist dann nicht genehmigungsfähig. Die entstehenden Kosten (Kippgebühren etc.) sind, soweit für die Wiederverwendung, Verwertung bzw. Entsorgung keine gesonderten Positionen ausgewiesen sind, in die Einheitspreise der jeweiligen Positionen des Leistungsverzeichnisses für den Aushub, Abtrag, Ab- bzw. Aufbruch etc. einzurechnen. Die ordnungsgemäße Entsorgung ist in geeigneter Form (z.B. Deponiescheine, Entsorgungsnachweise o.ä.) dem AG nachzuweisen.

3.7 Winterbau

entfällt

3.8 Beweissicherung

Seitens des AG wird keine Beweissicherung durchgeführt.

Der Auftragnehmer haftet für alle Schäden am Eigentum Dritter und am Eigentum des Auftraggebers, die von der Bauausführung herrühren.

Schäden durch Erschütterungen während der Abbruch- und Verdichtungsarbeiten bzw. sonstige Erschütterungen, die im Zusammenhang mit der Bauausführung stehen, sind vom Auftragnehmer zu verantworten. Eventuelle Schäden gehen zu Lasten des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer hat vor Beginn der Arbeiten vorhandene Bauwerke/Gebäude und Anlagen zu überprüfen und gegebenenfalls eine Beweissicherung vorzunehmen.

Gegebenenfalls ist der bauliche Zustand der Zufahrten, angrenzenden Wege und Privatflächen mittels Fotos und Protokoll mit dem jeweiligen Eigentümer festzuhalten. Eventuelle durch den Auftragnehmer verursachte Schäden sind spätestens vor der Abnahme zu beseitigen. Kosten sind einzurechnen.

3.9 Sicherungsmaßnahmen

siehe Ziff. 2.9 und 2.10

3.10 Belastungsannahmen

entfällt

K 8208, Oberschmeien-Unterschmeien FDE 2026

3.11 Vermessungsleistungen, Aufmaßverfahren

3.11.1 Abrechnung

Sollten die in 1.1 genannten Arbeiten (3 Querungen) zur Ausführung kommen werden getrennte Aufmäße und Abrechnungsunterlagen erstellt. Kostenträger hierfür ist die BLS.

Kostenträger der LV-Pos: Landratsamt Sigmaringen
Fachbereich Straßenbau
Hohenzollernstraße 8
72488 Sigmaringen

Gemeinsam mit der Bauleitung müssen fortlaufend die ausgeführten Arbeiten aufgenommen werden. Abschlagsrechnungen werden nur nach anerkanntem Aufmaß und Vorlage der Lieferscheine ausgezahlt.

Arbeiten auf Nachweis bedürfen der Zustimmung durch die Bauleitung. Nachträglich erfolgt keine Anerkennung. Rapporte sind spätestens einen Tag nach der Ausführung der Tagelohnarbeiten zur Unterschrift der Bauleitung vorzulegen.

Die best. Fahrbahnhöhen sind durch den AN zu versichern, so dass der Belagsneubau auf Grundlage der ursprünglichen/neuen Höhen erfolgen kann. Eine zusätzliche Vergütung erfolgt hierfür nicht.

In den für die gemeinsamen Feststellungen zu verwendenden Aufmaßblätter müssen mindestens folgende Angaben gemacht werden:

- Auftragnehmer,
- Auftraggeber,
- Nummer des Aufmaßblattes,
- Bezeichnung der Bauleistung
- Ordnungszahl

Unmittelbar über den Überschriften und dem Datum muss das Aufmaßblatt den Text enthalten: „Aufgestellt“. Jeder Ansatz der Massenberechnung muss einen direkten Bezug zu den der Abrechnung zugrundeliegenden Feststellungen, Zeichnungen und andere Belege haben. Nur der Verweis auf frühere Berechnungen ist nicht zulässig.

Umrechnungsfaktoren zur Kalkulation und Abrechnung

Diese Umrechnungsfaktoren sind verbindlich, unabhängig von kieswerkspezifischen Faktoren!

Material	unverdichtet m3/t	verdichtet m3/t
Kiessand 0/16, 0/32, 0/45, 0/X	1 / 1,80	1 / 2,25
Auffüllsand	1 / 1,60	1 / 2,00
Sand gewasch. /ungew.	1 / 1,60	1 / 1,85
Filterkies 8/16	1 / 1,70	1 / 1,80
Filterkies 16/32	1 / 1,70	1 / 1,80
Schotter	1 / 1,60	1 / 2,00
Wacken	1 / 1,80	1 / 1,80
Splitt	1 / 1,60	1 / 2,00
Asphalttragschicht	1 / 2,35	1 / 2,40

K 8208, Oberschmeien-Unterschmeien FDE 2026

Asphaltdeckschicht	1 / 2,40	1 / 2,40
Asphalttragdeckschicht	1 / 2,35	1 / 2,40
Oberboden	1 / 1,60	- / -

Materialnachweis:

Sämtliche eingebauten Materialien (Kies, Sand, Asphalt, usw.) sind durch Wiegescheine, die entsprechend dem Bauablauf laufend bei der Bauleitung einzureichen sind, mittels Soll-Ist-Vergleich mit den o.g. Umrechnungsfaktoren nachzuweisen. Abgerechnet wird nach eingebauten Massen nach Aufmaß (verdichtet).

3.11.2 Nachweis der Massen

Wenn für die Abrechnung von Stoffen nach Massen im Vertrag keine andere Regelung getroffen ist, so ist der Verbrauch durch Vorlage der Wiegescheine einer geeichten Waage mit Druckwerk (in der Regel Fahrzeugwaage) laufend nachzuweisen.

Die Wiegescheine müssen die folgenden Angaben aufgedruckt enthalten:

- Lieferwerk,
- Name der Baustelle,
- Bezeichnung des Wägegutes,
- Nummer des Wiegescheins,
- Datum und Uhrzeit der Wägung,
- Taramassen (T), kein gespeicherter mittlerer Tarawert (PT),
- Bruttomasse (B),
- Nettomasse (N),
- Kennzeichnung des Fahrzeugs (betriebseigene Bezeichnung/amtliches Kennzeichen,
- Name des Wägers

Die Wiegescheine sind bei der Anlieferung an der Verwendungsstelle vom Auftragnehmer abzuzeichnen und unverzüglich in doppelter Ausfertigung dem Auftraggeber zu übergeben.

Die Originale der Wiegescheine erhält der Auftraggeber, die bestätigten Durchschriften erhält der Auftragnehmer.

Bei schütffähigem Gut, das nicht zum Anhaften neigt, wie z. B. Sand, Kies, wiederaufbereitete (Recycling-) Stoffe, kann der Nachweis der Massen durch Wiegescheine von geeichten Schaufellader- bzw. Förderband-Waagen erfolgen.

Beim Einsatz von Schaufellader- bzw. Förderband-Waagen gelten zusätzlich folgende Bedingungen:

- Der Wiegeschein muss eine Erklärung enthalten, dass es sich um eine geeichte Waage handelt
- Anstelle des Ausdruckes von Tara- und Bruttomassen tritt die Nettogesamtmasse des Ladegutes sowie zusätzlich bei Schaufellader-Waagen die Anzahl der geladenen Schaufeln (Ladevorgänge).
- Die Wiegescheine sind vom Bedienungspersonal der Schaufellader- bzw. Förderband-Waage zu unterschreiben.

Der Auftraggeber kann stichprobenartig die Massen einzelner Lieferungen durch Nachwiegen des beladenen und leeren Fahrzeugs nachprüfen (Kontrollwägung).

Wird die Masse des Ladegutes durch Schaufellader- bzw. Förderband-Waagen ermittelt, ist der Auftraggeber berechtigt, kontinuierlich über den Zeitraum der Lieferungen, bei 10 % der Lieferungen Kontrollwägungen durchführen zu lassen.

Wird bei einer Kontrollwägung eine Unterschreitung von mehr als 1 % festgestellt, erfolgt ein entsprechender Abzug bei den letzten zehn Wiegescheinen, sowie nicht insgesamt eine geringere Abweichung nachgewiesen wird. Diese Kontrollwägungen werden vom Auftragnehmer nicht vergütet. Andere Kontrollwägungen werden vom Auftraggeber vergütet.

K 8208, Oberschmeien-Unterschmeien FDE 2026

Zu den Kosten der Kontrollwägung rechnen alle unmittelbar (Transportkosten, Wiegegebühren usw.) unmittelbar (Wertminderung der Ladung, Einfluss auf den Baustellenbetrieb usw.) durch die Kontrollwägung entsprechende Kosten, jedoch nicht die Kosten für die Beaufsichtigung der Kontrollwägung durch den Beauftragten des Auftraggebers. Sofern die Kosten nach Absatz 1 besonders zu vergüten sind, sind sie im Einzelnen nachzuweisen.

Beim Einsatz von Schaufellader- bzw. Förderband-Waagen erfolgt bei einer Unterschreitung von mehr als 1 % ein entsprechender Abzug bei allen Lieferungen seit der letzten Kontrollwägung, soweit nicht insgesamt eine geringere Abweichung nachgewiesen wird. Die Kosten für diese Kontrollwägung trägt der Auftragnehmer. Kosten für Kontrollwägungen ohne Beanstandungen tragen der Auftragnehmer und Auftraggeber je zur Hälfte.

3.11.3 Bauabrechnung mit IT-Anlagen:

Führt der Auftragnehmer die Abrechnung ganz oder teilweise mit IT-Anlagen aus (Leistungsberechnung), so gelten zusätzlich folgende Bedingungen:

Rechenverfahren/DV-Programme:

Die verwendeten DV-Programme müssen den in der „Sammlung der Regelungen für die elektronische Bauabrechnung (Sammlung REB)“ enthaltenen Allgemeinen Bedingungen (REB-Allg.) und Verfahrensbeschreibungen (REB-VB) entsprechen. Andere Rechenverfahren dürfen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers verwendet werden.

Vereinbarung:

Vor Beginn der Ausführung (Vertragsfristen gemäß den Besonderen Vertragsbedingungen) ist, gegebenenfalls getrennt für einzelne Ordnungszahlen (Positionen), eine Vereinbarung zur Bauabrechnung schriftlich abzuschließen.

Datenübergabe:

Nach Abschluss der Vereinbarung zur Bauabrechnung, spätestens vor Beginn der Bauabrechnung sind vom Auftragnehmer für die vereinbarten Datenarten Testdaten an den Auftraggeber zu übergeben. Eingabedaten sind auf Datenträger zu liefern. Diese sind erst nach Durchführung der Leistungsberechnung herzustellen und eindeutig zu kennzeichnen. In der Mengenberechnung des Auftragnehmers ist ein Bezug der Eingabedaten zu den Ausführungs- bzw. Abrechnungsunterlagen herzustellen.

Berichtigung der Leistungsberechnung:

Werden bei Prüfung der Leistungsberechnung fehlerhafte Eingabedaten oder falsche Rechenergebnisse festgestellt, so ist die Leistungsberechnung vom Auftragnehmer im erforderlichen Umfang zu wiederholen.

Toleranz-Regelung bei Prüfberechnungen:

Wird die vom Auftragnehmer aufgestellte Abrechnung vom Auftraggeber mittels IT-Anlagen geprüft und werden dabei Unterschiede zwischen den jeweiligen Ergebnissen festgestellt, dann gelten bei Abweichungen vom Ergebnis der Prüfrechnung bis zu 0,2 ‰ bei jeder Ordnungszahl (Position) eines Berechnungsabschnitts die vom Auftragnehmer berechneten Werte.

Liegen Abweichungen außerhalb dieser Toleranz von 0,2 ‰ teilt der Auftraggeber zunächst dem Auftragnehmer die abweichenden Ergebnisse der Prüfrechnung mit und gibt ihm Gelegenheit zur Einsichtnahme in der Prüfrechnung. Es gilt in diesem Falle das jeweils kleinere Ergebnis, falls nicht aufgrund einer vom Auftragnehmer verlangten Aufklärung der Abweichungen, Fehler in der Leistungs- bzw. Prüfrechnung festgestellt und berücksichtigt werden.

Toleranz-Regelung bei Vergleichsberechnungen:

Wird die vom Auftragnehmer aufgestellt Abrechnung vom Auftraggeber mit einer Vergleichsberechnung geprüft, sind in der Vereinbarung zur Bauabrechnung schriftlich Toleranzregelungen zu vereinbaren.

K 8208, Oberschmeien-Unterschmeien FDE 2026

Liegen Abweichungen außerhalb der vereinbarten Toleranzgrenzen, teilt der Auftraggeber zunächst dem Auftragnehmer die abweichenden Ergebnisse der Vergleichsrechnung mit und gibt im Gelegenheit zur Einsichtnahme in die Vergleichsberechnung. Es gilt in diesem Fall das jeweils kleinere Ergebnis, falls nicht aufgrund einer vom Auftragnehmer verlangten Aufklärung der Abweichung, Fehler in der Leistungs- bzw. Vergleichsberechnung festgestellt und berichtigt werden.

Rechnungsprüfung

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, Überzahlungen, die durch überörtliche Prüfstellen oder Preisaufsichtsbehörden festgestellt werden, jederzeit zurückzuerstatten.

3.12 Prüfungen, Nachweise

Es sind die nach den technischen Vorschriften erforderlichen Prüfungen durchzuführen; Eignungsprüfungen sind rechtzeitig vor dem Einbau zur Genehmigung vorzulegen. Die erforderlichen Eigenüberwachungsprüfungen sind durchzuführen und die Ergebnisse dem Auftraggeber unaufgefordert vorzulegen.

Für die erforderlichen Kontrollprüfungen sind vom Auftragnehmer das Personal und die Geräte zur Verfügung zu stellen. Bei unsachgemäßer bzw. nicht ausreichender Durchführung der Eigenüberwachungsprüfungen wird der Auftraggeber diese Prüfungen durch Dritte gegen Kostenerstattung durchführen lassen.

3.13 Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator während der Ausführung des Bauvorhabens stellen

Vorankündigung

Die Vorankündigung ist gemäß Baustellenverordnung zu erstellen und spätestens zwei Wochen vor Einrichten der Baustelle der zuständigen Behörde zu übermitteln.

Zuständige Behörden für die Baumaßnahme ist das Landratsamt Sigmaringen.

Die Vorankündigung ist sichtbar und witterungsgeschützt auf der Baustelle anzuhängen und bei erheblichen Änderungen während der Bauzeit anzupassen.

Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan erstellen und anpassen

Die Erstellung und ggf. Anpassung des SiGe-Planes gemäß Baustellenverordnung (BaustellV) werden dem Auftragnehmer übertragen.

Der SiGe-Plan ist in enger Abstimmung mit der vorgesehenen Baustelleneinrichtung und dem geplanten Bauablauf und unter Berücksichtigung der benannten Nachunternehmer aufzustellen.

Technische Nebengebote sind im Falle der Beauftragung entsprechend zu berücksichtigen.

3.14 *Einsatz von thermoisolierten Transportfahrzeugen und Beschicker*

Thermoisolierte Transportfahrzeuge und Beschicker sind bei der Durchführung der Asphaltarbeiten entsprechend den Vorgaben des Leistungsverzeichnisses einzusetzen.

Nicht thermoisolierte Fahrzeuge **sind nicht zugelassen** und dürfen nicht eingesetzt werden.

Nachweis der Verfügbarkeit von thermoisolierten Fahrzeugen spätestens 2 Wochen vor Baubeginn.

3.15. **Überladung von Transportfahrzeugen**

Bei Beginn der Baumaßnahme sind vom AN, die zum Einsatz vorgesehenen LKW's bzw. Züge mit Zulassungsnummer und zulässigem Gesamtgewicht zu benennen. Sofern während der Baumaßnahme weitere firmeneigene Fahrzeuge oder Fremdfahrzeuge eingesetzt werden, sind diese nachzumelden.

Der AG wird die Baufahrzeuge auf Überladung prüfen. Sofern das zulässige Gesamtgewicht wiederholt überschritten wird, hat der AN für eine Änderung zu sorgen. Ansonsten behält sich der AG vor, geeignete Maßnahmen (z.B. Anzeige der Landespolizei, Vergütung nur bis zur max. zulässigem Gesamtgewicht) einzuleiten.

K 8208, Oberschmeien-Unterschmeien FDE 2026

Der AG behält sich vor, die Lieferscheine bezüglich einer möglichen Überlastung der Fahrzeuge zu überprüfen.

4. AUSFÜHRUNGSUNTERLAGEN

4.1 Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Planunterlagen

entfällt

4.2 Vom Auftragnehmer zu beschaffende Ausführungsunterlagen

- Bauzeitenplan (nach Auftragserteilung)

- Urkalkulation

Die gemäß Ziffer 1 der ZVB/E-StB 2012 zu übergebende Preisermittlung hat alle Einzelansätze, von denen der Bieter ausgeht und soweit sie Einzelkosten sind, beispielsweise für jedes Gerät, die Vorhaltekosten und die Betriebskosten pro Zeiteinheit sowie den Leistungsansatz zu enthalten. Dasselbe gilt auch für Nachunternehmerleistungen.

Die Urkalkulation ist, in einem verschlossenen Umschlag, unaufgefordert nach der Auftragserteilung und vor Baubeginn dem AG zu übergeben.

4.3 Bautagebuch

Auf der Baustelle ist vom AN ein Bautagebuch zu führen.

Die Tagesberichte sind dem AG täglich in einfacher Form zu übergeben.

4.4 Sonstiges

Die gem. ZVB/E-STB zu übergebende Preisermittlung hat alle Einzelansätze, von denen der Bieter selbst ausgeht und soweit sie Einzelkosten sind, beispielsweise für jedes Gerät, die Vorhaltekosten und die Betriebsstoffkosten pro Zeiteinheit sowie den Leistungsansatz, zu enthalten.

Die gilt auch für Leistungen, welche ggf. von einem Subunternehmer ausgeführt werden.

K 8208, Oberschmeien-Unterschmeien FDE 2026

5. Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen, die Vertragsbestandteil werden:

5.1 Folgende „Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen“, „Ergänzende Technische Vertragsbedingungen“, „Hinweise“ und „Merkblätter“ sind Vertragsbestandteil:

Sachgebiet: Erd- und Grundbau, Entwässerung, Markierung, Straßenbefestigungen, Straßenbaustoffe, Landschaftsbau und Sonstiges.

- ☒ **ZTV A-StB 12**
Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Aufgrabungen in Verkehrsflächen, Ausgabe 2012, Bezugsquelle: FGSV
- ARS BMVBS Nr. 04/2012 vom 04.04.2012
- Einführungsschreiben des MVI vom 07.05.2012, Az. 23-3945.40/3
- ☒ **ZTV E-StB 09**
Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau, Ausgabe 2009, (ZTV E-StB 09), Bezugsquelle: FGSV
- ARS BMV Nr. 09/2009 vom 04.07.2009
- Einführungsschreiben des IM vom 26.02.2010, Az. 63-3945.3/12
- ARS BMVBS Nr. 19/2012 vom 24.10.2012
- Einführungsschreiben des MVI vom 12.11.2012, Az. 23-3945.3/12
- ☐ **ZTV SoB-StB 04, Fassung 2007**
Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau, Ausgabe 2004, Fassung 2007 (ZTV SoB-StB 04, Fassung 2007), Bezugsquelle: FGSV
- ARS BMVBS Nr. 07/2008 vom 15.04.2008
- Einführungsschreiben des IM vom 05.08.2008, Az. 63-3945.40/129
- ☒ **ZTV Ew-StB 14**
Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Entwässerungseinrichtungen im Straßenbau, Ausgabe 2014 (ZTV Ew-StB 14), Bezugsquelle: FGSV
- ARS BMVI Nr. 09/2014 vom 09.11.2014
- Einführungsschreiben des MVI vom 12.03.2015, Az. 2-3942.25/7
- ☒ **ZTV M 13**
Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Markierungen auf Straßen, Ausgabe 2013 (ZTV-M 13), Bezugsquelle: FGSV
- ARS BMVI Nr. 24/2013 vom 18.11.2013 (VkB. 2013, S. 1197),
- VwV des UVM vom 11.03.2003, Az. 62-3963/37, (GABI 2003, S. 182)
- ☐ **ZTV Beton-StB 07**
Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Fahrbahndecken aus Beton, Ausgabe 2007 (ZTV Beton-StB 07), Bezugsquelle: FGSV
- ARS BMVBS Nr. 12/2008 vom 11.06.2008 (VkB. 2008, Heft 15, S. 426)
- Einführungsschreiben des IM vom 11.08.2008, Az. 63-3945.40/42
- ARS BMVBS Nr. 27/2012 vom 21.12.2012; Korrekturen (Stand 08-2012)
- Einführungsschreiben des MVI vom 19.02.2013, Az. 2-3945.40/42
- ARS BMVBS Nr. 04/2013 vom 22.01.2013 (VkB. 2013 S. 222)
- Einführungsschreiben des MVI vom 18.04.2013, Az. 2-3945.40/145

K 8208, Oberschmeien-Unterschmeien FDE 2026

- ☒ **ZTV Fug-StB 15**
Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fugen in Verkehrsflächen. Ausgabe 2015 (ZTV Fug-StB 15), Bezugsquelle: FGSV
- ARS BMVI Nr. 11/2016 vom 11.04.2016,
- Einführungsschreiben des VM vom 29.09.2016, Az. 2-3945.40/101

- ☒ **ZTV Asphalt-StB 07/13**
Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Verkehrsflächenbefestigung aus Asphalt, Ausgabe 2007/Fassung 2013 (ZTV Asphalt-StB 07/13), Bezugsquelle: FGSV
- ARS BMVI Nr. 14/2013 vom 19.12.2013
- Einführungsschreiben des MVI vom 18.03.2014, Az. 23-3945.40/90

- ☐ **M TA 11**
Merkblatt für Temperaturabsenkung von Asphalt (M TA), Ausgabe 2011, Bezugsquelle: FGSV
- MVI-Schreiben vom 11.10.2012, Az. 23-3945.40/90

- ☒ **ZTV BEA-StB 09/13**
Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen - Asphaltbauweisen, Ausgabe 2009/Fassung 2013 (ZTV BEA-StB 09/13), Bezugsquelle: FGSV
- ARS des BMVI Nr. 05/2014 vom 18.03.2014 (VkB. 2014, S. 532),
- MVI-Schreiben vom 31.07.2014, Az. 2-3945.40/92

- ☐ **ZTV BEB-StB 2015**
Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächenbefestigungen - Betonbauweisen, Ausgabe 2015 (ZTV BEB-StB 15), Bezugsquelle: FGSV
- ARS Nr. 07/2015 vom 07.07.2015,
- MVI-Schreiben vom 16.11.2015, Az. 2-3945.23/10

- ☐ **ZTV La-StB 05**
Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Landschaftsbauarbeiten im Straßenbau, Ausgabe 2005 (ZTVLa-StB 05), Bezugsquelle: FGSV
- ARS BMVBS Nr. 25/2005 vom 02.12.2005
- Einführungsschreiben des IM vom 02.04.2009, Az. 64-3946.0/52

- ☒ **ZTV-SA 97**
Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen, Ausgabe 1997 (ZTV-SA 97), Bezugsquelle: FGSV
- ARS BMV Nr.34/1997 vom 12.08.1997 (VkB. 1997, S. 794)
- VwV des UVM vom 12.08.1998, Az. 62-3962.3/25 (GABl. 1998, S. 598)
Änderungen und Ergänzungen:
- VwV d. UVM vom 30.06.2000, Az. 62-3962.3/25 (GABl. 2000, S. 167)

- ☐ **ZTV-FRS 13**
Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fahrzeug-Rückhaltesysteme Ausgabe 2013, (ZTV-FRS 13) Bezugsquelle: FGSV
- ARS des BMVI Nr. 04/2014 vom 03.02.2014 (VkB. 2014, S. 350)
- Einführungsschreiben des MVI vom 12.03.2015, Az. 2-3964.2/82

- ☐ **ZTV Verm-StB**
Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Bauvermessung im Straßen- und Brückenbau (ZTV Verm-StB 01), Bezugsquelle: FGSV
- ARS des BMV Nr. 18/2001 vom 30.05.2001 (VkB. 2001, Heft 14, S. 343)

K 8208, Oberschmeien-Unterschmeien FDE 2026

- VwV des UVM vom 10.08.2001, Az. 66-3946.0/115 (GABl. 2001, S. 979)



ZTV Pflaster

Zusätzliche Technische Vorschriften und Richtlinien für die Herstellung von Pflasterdecken, Plattenbelägen und Einfassungen im Straßenbau (ZTV Pflaster-StB 06), Ausgabe 2006

- ARS Nr. 23/2006 des BMVBS vom 29.08.2006 (VkB. 2006, S. 775)

- Einführungsschreiben des VM vom 16.11.2016, Az. 2-3945.42/5



ETV-StB-BW

Ergänzungen zu den Technischen Vertragsbedingungen im Straßenbau Baden Württemberg, Bezugsquelle: Internet unter <http://www.rp-tuebingen.de>, RP Tübingen, Abteilung 9:

- **Teil 1, 2.1, 2.2, 3.1, 3.2 jeweils in den gültigen Fassungen**

5.2 Anzuwendende Regelwerke

Es gelten all diejenigen technischen Regelwerke, auf welche in den unter Ziff. 5.1 vereinbarten Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen hingewiesen wird oder welche in Teil C der VOB aufgeführt sind.

5.3 Umgang mit Kraftstoffen und technischen Ölen auf der Baustelle.

1. Kraftstoffbehälter sowie Öle und Schmierstoffe dürfen auf der Baustelle nur in einem abgeschlossenen Raum oder einem abschließbaren umfriedeten Teil der Baustelle, zu dem nur der Maschinist oder der Baustellenleiter Zugang hat, gelagert werden. Behälter müssen eine ausreichend große Auffangwanne besitzen. Warnschilder "Rauchen und offenes Feuer verboten" sind anzubringen.

2. Der Lagerplatz ist so zu wählen, dass bei einem unvorhergesehenen Auslaufen der Behälter

a. kein Kraftstoff in fließende Gewässer oder die Kanalisation gelangen kann

b. keine Quelfassungen mit Brunnen gefährdet sind

c. kein Kraftstoff in den Untergrund versickern kann.

Auf die geltenden Vorschriften für wassergefährdende Stoffe wird hingewiesen.

3. Leere Kraftstoffbehälter dürfen nicht auf der Baustelle in größerem Umfang gelagert werden.

4. Die Lagerung von Kraftstoffen ist auf der Baustelle auf das zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendige Maß zu beschränken.

Umgang mit Altöl und unbrauchbar gewordenem Kraftstoff

Altöl und unbrauchbar gewordene Kraft- und Schmierstoffe müssen einer zugelassenen Sammelstelle (z.B. Tankstelle) zugeführt werden. Falls diese Stoffe ins Erdreich eingesickert sind, ist das verunreinigte Erdreich vollständig abzugraben und auf eine zugelassene Deponie zu entsorgen. Auf keinen Fall dürfen verunreinigtes Erdreich oder verunreinigte Gegenstände auf der Baustelle vergraben werden.

K 8208, Oberschmeien-Unterschmeien FDE 2026**6. DATENTRÄGERAUSTAUSCH**

Der beiliegende Datenträger enthält das Leistungsverzeichnis in DA 83.

Geben Sie das Leistungsverzeichnis mit Ihren Einheitspreisen in digitaler Form in DA 84 bei der Submission mit ab. Die Positionsnummerierung nach REB darf nicht verändert werden.

K 8208, Oberschmeien-Unterschmeien FDE 2026

Dokumentation der Eigenüberwachung der Maßnahmen zur Sicherstellung der Anfangsgriffigkeit von Walzasphaltdeckschichten				
Baumaßnahme:				
Auftragnehmer (AN):				
Strecken-km/Station				
Fahrtrichtung/-spur				

Prüfung beim Einbau:

Einbaudatum				
Wetter (sonnig, bedeckt, Feuchtigkeit, Temperatur)				
	Soll-Vorgaben des AN	Ist-Feststellung des AN		
Mischguttemperatur [°C]				
Mischgutbeschaffenheit				
Einbaugeräte				
Verdichtungsgeräte				
Verdichtungsschema				
Abstreugerät/-verfahren				
Beschaffenheit der Oberfläche vor Bearbeitung				
◦ gleichmäßig				
◦ Entmischung/offene Stellen				
◦ Fettstellen/Mörtelanreicherung				
Oberflächentemperatur [°C] beim Abstreuen				
Abstreumaterial				
◦ Gesteinsart				
◦ Körnung				
◦ roh				
◦ bituminiert				
Menge-Abstreumat. [kg/m²]				
Verteilung-Abstreumaterial				
Geprüft durch (Name)				
(Unterschrift)				

Prüfung nach Einbau:

	Soll-Vorgaben des AN	Ist-Feststellung des AN		
Nicht gebundenes Material entfernt				
Beschaffenheit der Oberfläche nach der Bearbeitung (Gleichmäßigkeit)				
Einbindungsgrad des Abstreumaterials				
Bemerkungen (z.B. Mindestabkühlzeit vor Verkehrsfreigabe)				
Geprüft durch (Name)				
(Unterschrift)				